

1866.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierstaltige Petitzeile 5 Mr., im Anzeigebblatt für die erste Ein-
richtung 5 Mr., für jede weitere 3 Mr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Mr. — Inserat-Bestellungen und
Gelder übernimmt **Carl Budweiser**. — Zusendungen werden franco erbeten.

Annoucen übernehmeu die Herren: Haafenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien.

Der Glaube, daß der Krieg binnen kurzem in Deutschland ausbrechen wird, ist in Paris so allgemein, daß man Frankreich bereits die Absicht zuschreibt, bald handelnd aufzutreten, da es schon jetzt das Lager von Chalons beziehen ließe. Dort ist in der That der General Bourbaki, einer der tapfersten afrikanischen Generale, mit seiner Garde-Division eingedrückt. Obgleich man bisher in Abrede stellte, daß die so frühe Beziehung des Lagers von Chalons Wichtigkeit habe, so zweifelt doch kaum Jemand daran, daß dieselbe zu der deutlichen Angelegenheit in engster Beziehung steht und man es so einrichten wolle, daß man außer den Garnisonen von Paris und Umgegend sofort noch ungefähr 40,000 Mann bereit habe, um sie an der Rhein-Donau zu fassen. An der Höhe

erzichte in Folge dieser auffallend verfrühten Truppenmärsche große Unruhe. Dieselbe wurde durch das Gerücht vermehrt, daß die Herren Drouyn de Lhuys und Koud ihre Entlassung erhalten hätten. Dies ist mindestens verfrüht, wenn man auch, falls es zum Kriege kommt, mit Gewißheit darauf rechnen kann, daß diese Herren nicht an der Gewalt bleiben werden. Die Ansicht, daß die hiesige Regierung das Vorgehen des Grafen Bismarck nicht allein billige, sondern der preussische Premier sogar im Einverständnis mit Frankreich handle, ist, und dies selbst in diplomatischen Kreisen, ziemlich verbreitet. So schreibt ein Pariser Correspondent der „Kölnischen Zeitung“:

Aus Berlin wird geschrieben: Der geheime Verkehr mit Paris war, wie man aus guter Quelle vernimmt, in letzter Zeit sehr lebhaft. Die Gefahr der Situation ist durchaus nicht vermindert und wenn man bis jetzt hier eine Pause eingehalten, so geschah dies wohl unterrichtete Personen versichern, bloß um den letzten Rest von Schrein zu retten. Graf Bismarck will den Krieg und er steht — nicht bloß bei dem König! — fester als je. Der Neutralität der Mittelstaaten heft man sicher zu sein.

Der „Indep. belge“ wird gemeldet, daß Graf Mensdorff unterm 10. d. ein Rundschreiben an die diplomatischen Vertreter im Auslande gerichtet hat, worin er den preussischen Vorschlag auf die Bundesreform als ein Mittel darstellt, in die schon ohnehin verwirren Angelegenheiten neue Verwirrung zu bringen. Oesterreich werde aber keine Mitwirkung zur Einführung der Reformen nicht verweigern, sobald die betreffenden Vorschläge in regelmäßiger Weise vor den Bundestag gebracht und alle Bundesmitglieder in der Lage sein würden, sich darüber auszusprechen.

Das „Mem. dipl.“ tritt der Meldung der „Ind.“ entgegen, welcher zufolge Oesterreich sich dem preussischen Parlamentsantrage nicht widerlegen, aber gleichzeitig das Hereinziehen aller österreichischen Provinzen verlangen würde. An dem Tage, an welchem jene Meldung der „Ind.“ aus Berlin telegraphirt wurde, am 10. April, konnte man in Berlin noch nicht wissen, was Oesterreich in Bezug auf den von dem preussischen Gesandten am 9. April in Frankfurt eingebrachten Vorschlag beschließen habe. Auch entnimmt das „Mem. dipl.“ den ihm aus Wien zugegangenen Nachrichten, daß Oesterreich nicht die Absicht hat, den Streit durch die Forderung der Betheiligung seiner nichtdeutschen Provinzen bei den Parlamentswahlen noch mehr zu verwickeln.

Der Wiener Correspondent der „Hamb. Nachr.“ telegraphirt: Vatern sendet an das Berliner Cabinet eine zweite erste Mahnungsdepesche; Baiern, Sachsen, Hannover haben nur unter ausdrücklicher Voraussetzung ausgiebiger Bürgschaften für die conservativen Interessen bei der Bildung des Parlaments der von preussischer Seite projectirten neuen Bundesbasis zugestimmt.

Die Berliner „Bank- und Handels-Ztg.“ schreibt: Die meisten Regierungen würdigen den Reformvorschlag, verlangen jedoch, daß der Wahlmodus für das Parlament und die entsprechenden Parlamentsvorschriften erst unter den Regierungen festgestellt werden.

Wie der offizielle Berliner Corr. der „K. Z.“ aus „nichtpreussischen Kreisen“ vernimmt, soll die Wahlfähigkeit zum „deutschen Parlament“ außer dem Nachbezug von Diäten auch dadurch beschränkt werden, daß sie an „einen hohen Census“ oder an „einen größeren Grundbesitz“ geknüpft wird. Auf diesem Wege soll den conservativen Interessen Rechnung getragen werden, wie dies Herr v. Bismarck den Mittelstaaten angeblich neuerdings zugesichert hat.

In den Donaufürstenthümern geht es bunt zu. Die Moldauer protestiren ernstlich gegen die Aufrechterhaltung der Union. Wir verweisen auf die heutigen detaillirten Nachrichten.

Nach der „N. A. Z.“ ist die rumänische Candidatur des Prinzen von Hohenzollern in keiner Weise ein Act preussischer Staatspolitik, sondern nur eine Angelegenheit des Fürstenhauses.

Die Truppenbewegungen im Süden Rußlands, schreibt man dem „R. Fmbl.“, haben einen ganz friedlichen Charakter. Es sind nämlich 30,000 Mann zum Baue der Bahn von Odessa nach Kiew beordert. Wie dies bisher bei allen russischen Eisenbahnbauten gehalten wurde, werden die Erdarbeiten und der Unterbau von Soldaten ausgeführt.

Das „Mem. dipl.“ erklärt, daß die von italienischen Blättern mitgetheilte Nachricht von einer bevorstehenden Rückkehr des noch in Rom befindlichen französischen Occupationcorps ungenau sei. Bevor die zu Antibes in Bildung begriffene französische Legion nicht zur Einschiffung für Civiltaspechia völlig bereit steht, würden von Rom keine französischen Truppen zurückgezogen werden.

Wie französische Blätter melden, werde sich der König von Griechenland binnen Kurzem mit der Großfürstin Werra von Rußland verloben. Die Vermählung wird erst später stattfinden, und zwar nach dem erfolgten Uebertritt des Königs zur griechischen Religion. Großfürstin von Werra, zweite Tochter des Großfürsten Constantin, ist jetzt 13 Jahre alt. König Georgios zählt bekanntlich 21 Jahre. Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch mittheilen, daß, Berichten französischer Blätter zufolge, der Plan, den russischen Thronfolger mit der dänischen Prinzessin Dagmar zu vermählen, als aufgegeben zu betrachten sei. Der jüngste Großfürst soll, wie es heißt, eine große Neigung zur Prinzessin Niessegerska, Tochter des berühmten russischen Poeten und Popen Elias, gefaßt haben.

Der Firman, womit der Sultan, als Suzerän, die in Folge des von Kaiser Napoleon ausgesprochenen schiedsrichterlichen Urtheils zwischen der ägyptischen Regierung und der Suezkanal-Gesellschaft abgeschlossenen definitiven Arrangements gutheißt und bestätigt, ist in Paris angekommen. Dieser Firman, in welchem der Errichtung des Canals der Charakter eines Werkes der Civilisation und des Fortschritts beigelegt wird, befriedigt alle Interessen. Diese wichtige Angelegenheit hat somit die mit großer Spannung längst erwartete und erwünschte Lösung gefunden.

Dem „Journal de Bruxelles“ wird aus Jerusalem gemeldet, Rußland habe es durchzusetzen gewußt, daß die oberen Gallerien in der Kuppel des heiligen Grabes dem griechischen Klerus überlassen worden seien.

Der spanische Gesandte hat, wie aus Paris geschrieben wird, dem auswärtigen Amte die Mittheilung gemacht, daß der in voriger Woche von Cadix nach dem Stillen Ozean abgereiste General Quesada mit einer Mission in durchaus friedlichem Sinne betraut sei, worauf Drouyn de Lhuys Herrn Mercier in Madrid beauftragt, dem dortigen Cabinet „die Approbation“ seines Souverains zu diesem Schritte zu erkennen zu geben.

In New-York eingetroffene Nachrichten aus Veracruz vom 22. März zufolge hat General Ogasco sich den Bestimmungen der Constitution von 1857 zufolge zum Präsidenten der mexicanischen Republik proclamirt. 200 Gefangene vom kaiserlichen Corps des Generals Mendez sind von den Dissidenten als Repräsentanten für die Einrichtung der republikanischen Gefangenen erschossen worden.

Wie Berichte aus Rio de Janeiro melden, hat die Armee der Allirten den Parana am 14. März überschritten.

Preussische Blätter beschäftigen sich neustens stark mit den österreichischen Kronländern, darunter auch mit Galizien, und suchen darzuthun, daß bei einem Kriege Oesterreich auf den Patriotismus der Bewohner von Galizien nicht rechnen könne, weil die Regierung die Wünsche des Landes nicht erfüllt habe und fortwährend in den verschiedensten Gegenständen Schmerzensschreie ertönen. Ein Lemberger Correspondent der „Dell. Ztg.“ glaubt daher durchaus keine Indiscretion zu begehen, wenn er die Aeußerung wiedergibt, die dieser Tage einer der einflußreichsten Männer des galizischen Landtages vor einer gewählten größeren Gesellschaft machte: „Wir Polen — sagte dieser — hatten mit der österreichischen Regierung weit mehr abzurechnen als die andern in Oesterreich lebenden Völker, doch jetzt ist die Rechnung bereits geschlossen. Im Principe sind wir mit der Regierung einig, die formellen Widersprüche werden zuversichtlich bald schwinden. Die Schmerzensschreie, die noch hier und da ertönen, gehen nur auf Rechnung der unteren Organe, die aus Ungeheuerlichkeit, selten absichtlich, vernarbte Wunden aufreißt und so manchmal wehe thun; das Ministerium hat bewiesen, daß es diese Schreie hört, und wir sind daher versichert, daß es sie auch verkommen machen wird. Den Streit der Polen mit den Ruthenen werden beide Brudervölker unter einander ohne fremde Einmischung friedlich brennen, vielleicht nicht gleich, einmal aber sicher. So sehr ihre Interessen momentan verschieden zu sein scheinen, ein Interesse wenigstens haben sie schon jetzt gemeinsam: nämlich dem Reichthum zu zeigen, daß sie die Nachkommen jener Männer sind, die seine Vorfahren bei Grunwald so gut kennen gelernt haben.“

†† Krakau, 18. April.

Wie bereits erwähnt, wurde mit Allerhöchster Entschliebung vom 11. März l. J. der Abschluß eines Additional-Übereinkommens mit Mexico wegen Ergänzung der Lücken in dem in kais. mexicanischen Kriegsdiensten stehenden Corps österreichischer Freiwilliger genehmigt und zugleich gestattet, daß zur Verhütung der günstigen Jahreszeit zur Ueberschiffung allförmig nach Unterzeichnung dieses Übereinkommens mit den Werbungen (von 1000 Mann) begonnen werde.

Die kais. mexicanische Regierung wünscht, daß unter diesen 1000 Mann, für welche abermals Laibach als Sammelplatz bestimmt wird, thunlichst 600 Mann für Jäger, 200 Mann für Cavallerie (vorzüglich Fußkuren), 150 Mann für Artillerie und 50 Mann für die Pionniere angeworben werden.

Es dürfen nur kräftige nicht über 40 Jahre alte, dann keine moralisch verkommenen oder notorisch als übel conductirt bekannte Individuen assentirt werden. Diejenigen Individuen aller christlichen Confessionen, welche in das kais. mexicanische Freiwilligen-Corps einzutreten wünschen, haben von ihrer Bezirksbehörde, oder von dem zur politischen Geschäftsführung bestellten Magistrats eine Bestätigung darüber beizubringen, daß sie der österreichischen Militärdienstpflicht bereits vollkommen Genüge geleistet haben, oder derselben überhaupt nicht mehr unterliegen, dann daß sie ledig oder kinderlos Witwer sind, welche letztere Bestätigung auch von jenen Individuen beigebracht werden muß, die den Militär-Abchied in Händen haben. Freiwillige, wenn sie sonst den oben erwähnten Bedingungen entsprechen, können auch ein Zoll unter dem für die correspondirende österreichische Waffengattung vorgeschriebenen Minimalsatz sein.

Die in das Freiwilligen-Corps eingestellten Individuen haben eine sechsjährige Militär-Dienstverpflichtung für Mexico eingehen. Die Dienstzeit für die Angeworbenen wird vom Tage der Eidesablegung an berechnet. Nach Ablauf der sechsjährigen Capitulationszeit sind die Freiwilligen an die Beobachtungen der in der österreichischen Monarchie geltenden allgemeinen oder besonderen Päch- und Auswanderungsvorschriften gebunden, daher dieselben, wenn sie nach Ablauf der sechs Jahre nach Oesterreich nicht zurückkehren, aber auch aus dem österreichischen Staatsver-

bande nicht treten wollen, sich um Erlangung regelmäßiger österreichischer Pässe zu fernem Aufenthalte in Mexico zu bewerben, oder aber, wenn sie in Mexico zu verbleiben wünschen, ein ordnungsmäßiges Auswanderungsgesuch an die competenten l. l. Behörden zu richten haben.

Zur Bewerfstellung der Rückkehr nach den l. l. Staaten, oder zur Erwirkung einer Bewilligung zum weiteren Aufenthalt in Mexico wird den betreffenden Individuen nach Ablauf der sechs Jahre eine Fristerstreckung von 6 Monaten zugestanden.

Die Vertretung ihrer Personalangelegenheiten wird in Oesterreich die kais. mexicanische Gesandtschaft in Wien uneigentlich besorgen. Dasselbst können, insoweit sich hierzu eine passende Gelegenheit darbietet, auch Briefe etc., welche jedoch der gedachten Gesandtschaft portofrei zukommen müssen, zur Uebersendung nach Mexico übergeben werden.

Mit dem Tage der Eidesleistung treten die angeworbenen Freiwilligen in kais. mexicanische Verpflegung und es ist ihnen auf das Handgeld, welches für die Infanterie (Jäger) mit 25 fl., für die Cavallerie mit 30 fl., für technische Truppen (Artillerie und Pionniere) mit 35 fl. festgesetzt ist, vorläufig nur der Betrag von zehn Gulden (10 fl.) zu zahlen. a conto der kais. mexicanischen Regierung baar auf die Hand zu erfolgen; den Rest des Handgeldes erhalten sie erst in Laibach beim kais. mexicanischen Depot.

Auf das Handgeld von 30 fl. haben jedoch nur jene Individuen Anspruch, welche in der l. l. Armee bei der Cavallerie, auf das Handgeld von 35 fl. nur jene, welche bei der Artillerie oder in der Pionnier-Truppe gebient haben und sich hierüber mit dem Militär-Abchiede ausweisen können. In diesem Falle sind dieselben auch zur kais. mexicanischen Cavallerie, Artillerie oder Pionnier-Truppe zu assentiren. Alle übrigen Individuen, welche bei irgend einem anderen Truppenkörper in der l. l. Armee gebient haben, sowie jene Freiwilligen, welche nie Militärs gewesen sind, können nur für die kais. mexicanische Jäger-Truppe assentirt werden. Die beim Ergänzungsbegritte zur Anwerbung gelangenden Individuen sind nur als Gemeine anzunehmen. Dagegen dürfen die aus der Cavallerie, Artillerie und aus der Pionniertruppe verabschiedeten l. l. Unterofficiere, wenn in ihrem Militärabschiede die Bemerkung aufgenommen ist, daß sie bei der Armee zur Reengagirung sich eignen, mit der bei der Beabsichtigung innegehabten Militär-Charge assentirt werden.

Vom Momente der Eidesleistung treten sämtliche, nunmehr mexicanische Soldaten unter die mexicanische Disciplinar-Strafgewalt und mit Bezug auf Militär-Verbrechen und Vergehen unter mexicanische Gerichtsbarkeit. Bis zur Uebergabe an die kaiserlich mexicanische Militärbehörden in Laibach unterliegen die kais. mexicanischen Freiwilligen in Disciplinarsachen dem betreffenden Transporthaus, respective dem Transportcommandanten.

Den Besitzern der l. l. goldenen und der silbernen Tapferkeits-Medaille 1. Classe, welche wegen des Austrittes aus der activen l. l. Militärdienstleistung nicht mehr im Besitze der Medaillen-Zulage stehen, ist mit dem Tage ihrer Assentierung für kais. mexicanische Kriegsdienste die früher bezogene Medaillen-Zulage wieder anzuzahlen.

Gegenüber den reengagierten, nach Mexico ziehenden Freiwilligen werden die Bestimmungen dieses Gesetzes während der Dienstleistung in Mexico von der dortigen Regierung erfüllt; nach allenfallsiger Rückkehr in die l. l. Staaten von den diesseitigen Finanzen nur dann wieder übernommen werden, wenn diese Reengagierten während ihres Verweilens in Mexico keines jener Verbrechen begangen haben, die nach österreichischen Gesetzen den Verlust dieses Beneficiums nach sich ziehen.

Während des Sammelns der mexicanischen Freiwilligen in Oesterreich bis zu ihrer Absendung nach Mexico können dieselben in Erkrankungsfällen in l. l. österr. Militär-Heilanstalten gegen Kostenersatz abgegeben werden.

Schließlich ist zu bemerken, daß, da die Werbung für das kais. mexicanische Freiwilligen-Corps den österreichischen Staatschaz mit keinen Auslagen belasten darf, die angeworbenen Freiwilligen mit alleiniger Ausnahme der oben bezeichneten reengagierten l. l. Armee-Freiwilligen auch kein Recht haben, irgend einen Anspruch an den österreichischen Staatschaz zu machen, selbst dann nicht, wenn sie invalide würden, oder nach Verlauf von 6 1/2 Jahren noch diensttauglich nach Oesterreich zurückkehren sollten.

Landtagsangelegenheiten.

Der galizische Landesausschuß hat seinen Bericht über die Geschäftsverhandlungen des Landtages, und zwar über die zwei contradictorischen Anträge der Abgeordneten Pietruszewicz und Graf Borkowski vollendet, und ist das ziemlich umfangreiche Laborat auch bereits gedruckt. Der Antrag des Ausschusses lautet: 1. Der Landtag wolle beschließen: In die Geschäftsordnung des Landtages sind folgende Bestimmungen aufzunehmen: Der Landmarschall amtiert in polnischer Sprache. Ruthenische Eingaben beantwortet der Landmarschall in ruthenischer Sprache, auf alle anderen Eingaben wird die Antwort in polnischer Sprache erteilt. Die Sitzungsprotocolle müssen in polnischer und ruthenischer Sprache ausgegeben werden. Bei Stellung von Anträgen und Interpellationen, dann bei den Verhandlungen muß man sich der polnischen oder ruthenischen Sprache bedienen. Die Berichte des Landesausschusses und der Commissionen werden an die Landtagsmitglieder in polnischer und ruthenischer Sprache vertheilt. Bei den Beratungen hat der Bericht in polnischer Sprache als Grundlage zu dienen. Die Beschlässe fahrt der Landtag in polnischer Sprache. 2. Als Zusatz zur Instruction des Landesausschusses: Der Landesausschuß amtiert und correspondirt in polnischer Sprache. In den Erledigungen an die Parteien bedient sich der Landesausschuß bei ruthenischen Eingaben der ruthenischen Sprache, bei allen anderen der polnischen. Berichterstatter ist Emolka.

Das von dem Bukowinaer Landtage votirte Gesetz, womit der Gemeinde der Landeshauptstadt Czernowiz gestattet wurde, für die Aufnahme in den

Heimatsverband eine Gebühr bis 100 fl., und der Marktgemeinde Sadagura, eine Aufnahmegebühr bis 60 fl. einzubeheben, ist mit a. h. Entschliebung vom 27. März sanctionirt worden.

Telegraphischer Landtagsbericht.

Best, 16. April. In der heutigen Sitzung der Deputirtenversammlung wurde Carl Jeyl zum zweiten Vicepräsidenten und Franz Desvay zum sechsten Schriftführer gewählt. Die Wahl der 15 siebenbürgischen Mitglieder der Siebenundsechziger-Commission wird in der nächsten Sitzung publicirt.

In der zahlreich besuchten Sitzung der Magnatenversammlung waren unter den Mitgliedern mehrere hohe Militärs und auf der Gallerie die gestern hier eingetroffenen croatischen Deputirten anwesend. Nach Verlesung der zweiten Deputirtenadresse sprach Baron Bela Wenckheim für die Annahme derselben. Ohne ungarische verantwortliche Regierung, sagte Redner, sei der Ausgleich nicht möglich; jeder solch werden sich die Municipien gerne fügen und dadurch werde die gegenwärtige unhaltbare Stellung der Obergespanne aufhören. Die Adresse empfehle sich durch die Macht der Argumentation und durch dynastische Gesinnung. Graf Johann Szirach stimmt gegen die Annahme der Adresse in der vorliegenden Form und will, daß das Haus sich derselben nur, insofern sie eine Rechts-Verwahrung enthält, anschließe, ohne sich die über letztere hinausgehende Bitte um Restitution anzueignen. Ein. Pöchy, Graf Leopold Radády und Baron Victor Nepul sprechen für, Bischof Ranolder, Graf Anton Eschén gegen die Adresse. Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 17. April.

Das Namensfest des Kronprinzen Rudolph ist heute am a. h. Hofe im Familienkreise gefeiert worden. Vormittags hat Se. k. Hoheit dem Gottesdienste in der l. l. Hofburgpfarrkirche beigewohnt.

Die bekannten Studentenaustritte vom 7. und 8. März in Wien fanden Sonnabend vor dem Gerichtshofe einen friedlichen Abschluß. Die Austritte waren bekanntlich dadurch veranlaßt worden, daß der Mediciner Hebra seinen Collegen Deutsch (einen Israeliten) im Collegium insultirte. Da der junge Hebra dem Beleidigten die Abbitte verweigerte, so brachte dieser gegen Hebra und einen anderen Studenten Namens Zarisch, welcher Hebra zum Insult anmirt hatte, die gerichtliche Klage ein. Vorgestern sollte über dieselbe verhandelt werden. Die Angeklagten waren bei Gericht ziemlich kleinlaut und gaben eine Ehrenerklärung zu Protocoll, mit welcher sich der Kläger nach einigem Widerstreben zufrieden erklärte und in Folge dessen von der Klage abließ.

Das „Vaterland“ bringt heute unter dem Schlagwort „In eigener Sache“ folgende Erklärung: Eine Reihe von Zeitungsausschnitten beschäftigt sich mit unserem Blatte und seiner gegenwärtigen sowie zukünftigen Redaction. Wir erklären die betreffenden Angaben für unbegründet.

Einem Schreiben des Baron Eberl, Präsidenten der österreichischen Pilgercaravane vom 29. März entnimmt der „Blk.“ die Nachricht, daß sämtliche Teilnehmer der Pilgerfahrt vollkommen wohl und sehr vergnügt sind, ein zweiter Brief vom gleichem Tage erzählt, daß der Führer des Luvora'schen Vergnügungszuges an einem bairischen Priester, der an dem Vergnügungszug Theil nahm, in Jaffa sich thätlich vergiffen habe. Der Mißhandelte führte beim österreichischen Consul in Jerusalem Klage, worauf der Schuldige die Flucht ergriff. Der Telegraph erteilte ihn zu Jaffa und er wurde nach Jerusalem zurückgebracht. Ueber das Schicksal der Luvora'schen Reisenden verlautet noch nichts.

Ein Pester Telegramm des „N. Fmbl.“ vom 16. d. meldet: Die Deputation des Stadtrathes, welche Sr. Majestät dem Kaiser den Dank der Pester Gemeinde für die Verlegung des Pulverturmes überbringen soll, wird erst morgen Abends nach Wien abreisen und Donnerstag Mittags von Sr. Majestät in besonderer Audienz empfangen werden.

Deutschland.

Auf die Antwort des FML. Gablenz an die „Neunzehner“ hat Baron Scheel-Plessen unterm 10. d. erwidert, nachdem Se. Exc. auf keinen ihrer Anträge eingegangen sich veranlaßt gesehen habe, so werde es weiterer Beschlußnahme der Beiheligen vorbehalten bleiben müssen, ob sie sich bei der erhaltenen Antwort beruhigen wollen, oder ob sie sich zu weiteren Schritten genöthigt sehen möchten. Wie gestern tel. gemeldet, wurde mittelst Staatsaltersschreibens aus Kiel an die Landesregierung das Ersuchen gestellt, das Schreiben Scheel-Plessen's erlernen mit dem Bemerkten wieder zukommen, daß das Schreiben in Hinblick auf die officiële Resolution vom 8. d. und die dadurch kundgegebene Auffassung des kais. Cabinets eine Erklärung enthalte, welche eine Außerachtlassung derjenigen Achtung sei, die jeder Staatsbürger seiner Regierung schulde.

Die nächste Bundesversammlung, schreibt man aus Frankfurt vom 12., soll erst am künftigen Donnerstag stattfinden. Von einzelnen Regierungen, namentlich von Baden und Württemberg, sollen dem preussischen Antrage günstige Erklärungen schon eingetroffen sein; von Baiern wird eine solche erwartet. Wir sind ferner in der Lage zu prognosticiren, daß die Majorität der Bundesregierungen dem Wunsche Preußens entsprechend, in die Niederlegung eines Ausschusses ad hoc willigen werde. Von mehreren Seiten wird versichert, daß Oesterreich in der nächsten Sitzung (?) einen Antrag auf Kriegsbereitschaft der Bundescontingente stellen werde.

Das Deficit vom Bremer zweiten deutschen Bundescongress ist bis zur Stunde noch immer nicht gedeckt. Bekanntlich verpflichtete sich ein Theil der Kaufleute Bremens, darunter viele Mitglieder der Bürgerchaft,

